

Die Große Anfrage wird von Herrn 1. Stadtrat Humpe-Waßmuth beantwortet, wobei darauf hingewiesen wird, dass die Antwort von verschiedenen Fachdiensten aus verschiedenen Sachgebieten erarbeitet worden ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Taurus ergänzt die Antwort um einen kurzen Bericht von den Verhandlungen zum „Flüchtlingspakt II“. Strittig sei demnach die Finanzierung, insbesondere die Verteilung der Bundesmittel.

Ferner müsse man davon ausgehen, dass es künftig keine Anrechnung der Erstaufnahmeeinrichtung in Neumünster auf die in der Aufnahmeverordnung des Landes definierten Quoten geben werde – jedenfalls keine, die im Ergebnis dazu führen wird, dass Neumünster keine Asylbewerber aufnehmen muss.

Käme die ursprünglich vorgesehene Quote von 3 % zur Anwendung resultierten daraus bezogen auf die Zahlen von 2015 ca. 1.800 Personen jährlich, also 150 Personen monatlich. Ab wann welche Quote zur Anwendung kommt, werde derzeit noch verhandelt.

Es folgt eine Aussprache, in der auf die Brisanz der Situation hingewiesen wird. Kritisiert wird, dass bis dato keine verlässliche Prognose vorliegt.

Ferner wird kritisch angemerkt, dass frühere Initiativen der SPD-Ratsfraktion, sich wieder intensiver dem sozialen Wohnungsbau zu widmen, abgewiesen worden sind. Angesichts der Flüchtlingsproblematik sei festzustellen, dass dringender Handlungsbedarf bestünde. Es wird ein Bericht der Presse zitiert wonach bis 2020 ca. 1.500 Wohnungen fehlen würden. Über die hohen Leerstände und die Zahl der angesichts dessen ggf. kurzfristig verfügbaren Wohnungen wird kontrovers diskutiert, wobei Einvernehmen dahingehend besteht, dass der Wohnungsmarkt derzeit nicht über ausreichend Kapazitäten verfügt.

Die Zahl der Wohnungen, die kurzfristig seitens der Wohnungsbauunternehmen neu zur Verfügung gestellt werden könnten, sei mit ca. 100 viel zu gering.

Ratsherr Döring fordert, sich beim sozialen Wohnungsbau zu engagieren und dabei Förderprogramme zu nutzen.

Er betont, dass die Bewältigung des Problems entsprechende Finanzmittel erfordere, und mahnt einen Nachtragshaushalt für die Februar-Sitzung der Ratsversammlung an.